

29. Januar 2026

Medienmitteilung

Nein zu höheren Schulden und mehr Steuern

Am 8. März 2026 entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung über die Klimafonds-Initiative. Sie schafft einen Klima-Schuldenfonds von bis zu 10 Milliarden Franken pro Jahr und dies vollständig an der Schuldenbremse vorbei. Das ist verantwortungslos und würde zu höheren Steuern führen. Entsprechend engagiert sich im Kanton Aargau ein breit abgestütztes Komitee gegen diese Initiative.

Im Vorfeld des kommenden Abstimmungssonntags vom 8. März 2026 haben Vertreterinnen und Vertreter der Kantonalparteien der SVP, FDP, Die Mitte, Grünliberalen und EDU gemeinsam mit Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern das Aargauer Komitee «NEIN zum Klima-Schuldenfonds» gegründet. Neben den Ständeräten Marianne Binder-Keller und Thierry Burkart und den bürgerlichen Jungparteien ist erfreulicherweise auch der kantonale Bauernverband im Co-Präsidium des Komitees vertreten.

Keine Umgehung der zuverlässigen Schuldenbremse

Die Schuldenbremse in der Schweiz ist ein finanzpolitisches Instrument, das die Staatsverschuldung begrenzt und eine finanzielle Stabilität gewährleisten soll. Sie ist ein verlässliches Mittel, das dann greift, wenn eine zu starke Verschuldung durch zu hohe Ausgaben droht. Die Klimaschutz-Initiative möchte diesen Mechanismus mit ihrer Initiative umgehen und unabhängig von der Schuldenbremse jährlich bis zu 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Klimaschutzmassnahmen aufwenden. Das entspricht einer jährlichen Neuverschuldung von bis zu 10 Milliarden Franken. Bis 2050 kämen damit bis zu 200 Milliarden Franken Mehrausgaben zusammen – Finanzierung ungeklärt.

Höhere Mehrwertsteuer und Verdrängung anderer Bundesaufgaben

Auch der Bundesrat und das Parlament lehnen die Initiative ab. Der Bundesrat weist darauf hin, dass die Initiative die finanzielle Stabilität gefährdet, andere Bundesaufgaben verdrängt und unnötig sei. Gemäss Bundesrat müsste die Mehrwertsteuer um bis zu 2,5 Prozentpunkte erhöht werden, um die Mehrausgaben von bis zu 10 Milliarden ausgleichen zu können. Der Klimaschuldenfonds würde damit jeden Haushalt bis zu rund 1280 Schweizer Franken pro Jahr kosten.

Es bestehen bereits wirksame Klimaschutz-Instrumente

Die Schweiz investiert bereits heute über drei Milliarden Franken jährlich in wirksame Klimapolitik und hat ihre Emissionen seit 1990 deutlich reduziert. Mit Subventionen nach dem Giesskannenprinzip verdrängt der Klima-Schuldenfonds effiziente Instrumente, schwächt marktwirtschaftliche Anreize und verursacht teure Mitnahmeeffekte.

Dazu sagt AIHK Direktor Beat Bechtold: «Die Zukunft des Klimas beschäftigt uns alle. Es gibt aber bereits heute wirksame Klimaschutzinstrumente in der Schweiz. Ein Schuldenfonds auf dem Rücken der kommenden Generationen zu bilden ist fahrlässig und finanziell nicht nachhaltig.»

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen folgende Ansprechpartner gerne zur Verfügung:

- Beat Bechtold, Direktor Aargauische Industrie- und Handelskammer, 062 837 18 01
- SR Marianne Binder-Keller, 079 686 01 31
- Benjamin Blülle, Präsident Junge SVP Aargau, 075 402 22 41
- SR Thierry Burkart, 079 764 15 88
- GR Sabina Freiermuth, Präsidentin FDP.Die Liberalen Aargau, 079 333 51 78
- Etienne Frey, Präsident Jungfreisinnige Aargau, 079 754 95 10
- NR Andreas Glarner, Präsident SVP Aargau, 079 416 41 41
- GR Christoph Hagenbuch, Präsident Bauernverband BVA, 079 243 52 19
- GR Roland Haldimann, Präsident EDU Aargau, 079 435 36 40
- GR Karin Koch Wick, Co-Präsidentin Die Mitte Aargau, 079 364 75 25
- Philippe Kühni, Präsident Grünliberale Aargau, 079 540 28 88
- Jacqueline Wick, Präsidentin Die Junge Mitte Aargau, 078 967 07 07

Links inkl. Bildmaterial:

- [Webseite Aargauer Komitee «NEIN zum Klimaschutzfonds»](#)
- [Webseite nationales Nein-Komitee](#)